

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpolige 30 mm breite Zeile 10 Pfg., für auswärts 15 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Obergrenze 10 Pfg. Zusätzl. Beiträge nach Vereinbarung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Mattenstraße 33-42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unautorisierte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die deutsche Delegation unerschütterlich. Gefährdung des Völkerbundes durch Brasiliens Beharren auf Zuteilung eines Ratsitzes. Vor einer Wiederbeauftragung Briands? — Dr. Curtius für Weiterausbau des Reichswirtschaftsministeriums.

Angestrebte Streiffragen.

Berlin, 9. März. Vor Ende der Woche ist eine Lösung der in Genf aufgetauchten Streitfragen nicht zu erwarten. Von einer Annäherung ist zunächst keine Rede. Die Völkerbundsverhandlungen, die für morgen geplant war, wird nicht stattfinden können, da deutscherseits kein Zweifel darüber gelassen werden ist, daß man vor der Durchführung des deutschen Aufnahmeantrags eine völlige Klarstellung der Ratsfrage verlangt. Ein Entgegenkommen Deutschlands in Form einer jetzt auszusprechenden Bewilligung von Ratssitzen für jetzt oder später kann nicht in Frage kommen. In der Liste der Delegationen für die außerordentliche Völkerbundversammlung ist zum Schluß auch schon die „Delegation du Reich Allemagne“ aufgeführt, und zwar mit Luther und Stresemann an der Spitze. Aber es liegt, wie die „Tägliche Rundschau“ schreibt, immer noch im Bereiche der Möglichkeit, daß

Deutschland an der Schwelle umkehrt.

oder daß sich auf eine andere Weise eine Völkerbundskrise einschleift. Gewiß gebe es keinen besonderen Grund zum Pessimismus, aber die Delegierten wüßten, daß hinter den Kulissen noch entscheidend gekämpft werde, während man schon die Bühne für die ganze Sache vorbereitet, und das laßt sich natürlich auf die Stimmung.

Was die sich „auf andere Weise“ einschleifende Völkerbundskrise anlangt, so handelt es sich dabei wohl um die Drohung Brasiliens, das auch eine Ratsstimme hat. Ein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundrat einzulegen zu wollen, wenn es selbst nicht als händiges Ratsmitglied aufgenommen werde. Die deutsche Delegation äußert sich zu dieser Drohung nur dahin, daß

wenn Brasilien entschlossen sei, diese Politik durchzuführen, Brasilien damit den Völkerbund zum Nullen mache, aber nicht die Haltung Deutschlands ändern werde.

Innerhalb des Völkerbundes vollzieht sich die Umgruppierung in die Räte, die keine Vermehrung des Rates wollen, weil sie diese Vermehrung für den Todesstoß des Völkerbundes halten, und die andere Richtart, die aus verschiedenen Gründen für eine solche Ratsstärkung eintritt. Folgende Staaten haben ihre Ansprüche auf einen händigen Ratsitz angemeldet: Spanien, Brasilien, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, China, Portugal und Südflawien.

Der „Vorwärts“, der nicht die Rolle des betrübten Beobachters, dem die Felle fortgeschwommen sind, spielen möchte, redet der deutschen Delegation auf, den anderen zu helfen, einen Ausweg aus den Verwicklungen zu finden. Sie brauche sich deshalb nicht allzu sehr an die gebundene Ratsroute zu halten. Ueber keine Abweichungen werde man sich nicht beklagen, wenn nur das Ende gut sei. Den deutschen Delegierten werde also zugemutet, sich in benutzten Gelegenheiten an den Beständen des Reichskabinetts zu bedienen. Das „Journal de Genève“ meint, vielleicht könne man Deutschlands Zustimmung zum polnischen Ratsitz durch Zurückziehung eines taugend französischen Truppen am Rhein erklären, oder den Termin des Beitritts anderer Räte zum Rat etwas hinausschieben. Vielleicht hat der „Vorwärts“ bei seiner Warnung an die deutsche Delegation derartige Vorschläge im Auge.

Heute keine Vollversammlung.

Genf, 9. März. Heute wird weder eine Sitzung des Rates, noch eine Vollversammlung des Völkerbundes stattfinden. Am Nachmittag wird lediglich unter Chamberlains Vorsitz der Ausschuss für die Aufnahme Deutschlands zu einer Sitzung zusammentreten, die nur formaler Natur sein wird. (Z. U.)

Beauftragung Briands wahrscheinlich.

Paris, 9. März. Die gestrigen Beratungen über die Lösung der Ratskrise haben noch kein endgültiges Ergebnis erzielt. Die Mehrheit der Moränenblätter spricht allerdings die Vermutung aus, daß Briand heute mit der Ratsbildung beauftragt wird. Nur wenige Blätter bezeichnen Herriot als den künftigen Ministerpräsidenten.

Bei der Beurteilung der Aussichten Briands rechnet man davon aus, daß seine Regierung nur über einen Paragrafen des Finanzgesetzes gestützt sei, und daß Briand mit Rücksicht auf die Bedeutung der Genfer Versammlung und auf die Stimmung, die ihm die Kammer an den Locarno-Verträgen geschenkt hat, kein bezonnenes Werk an Ende führen müsse. Die Tatsache, daß fast alle Persönlichkeiten, mit denen Doumergue gestern Besprechungen hatte, am ehesten darauf hingewiesen haben, daß Briand allein für die Neubildung des Ratskabinetts in Frage komme, gibt zu der Erwartung Anlaß, daß Doumergue heute Briand veranlassen wird, seine bisherige Weigerung zurückzunehmen. Er wird deshalb heute morgen Herriot bitten, auf Briand noch einmal in entscheidender Weise einzuwirken. Die Kombination Herriots wird erst in zweiter Linie erwähnt, und man nimmt an, daß Herriot mit stärkeren Gründen als Briand einen Auftrag zur Ratsbildung zurückweisen wird. (Z. U.)

Die Gefahren der Genfer Spaltung.

Französische Bedenken.

Paris, 9. März. Die Berichte der Pariser Presse über die Genfer Verhandlungen geben davon aus, daß die Entwicklung einzig und allein von der Lösung der französischen Ministerkrise beherrscht werde. Der „Matin“ glaubt, die deutsche Delegation fühle sich erniedrigt, weil sie auf ihren Platz in der Völkerbundversammlung und im Völkerbundsrat warten müsse. Wenn dieser Zustand anhalte, werde die Stimmung langsam nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt unerträglich werden. Die Haltung der beteiligten Länder sei unverändert.

Polen zeige starken Widerstand gegen jede Kompromißlösung. Wenn Frankreich nicht heute oder morgen einen entscheidenden Anteil an der Lösung des Problems nehmen könne, werde es im Gegensatz zum Geist des Völkerbundes und zum Geist von Locarno Sieger und Besiegte geben. In dem mystischen Vertrauen auf den Sicherheitspakt hätten die Siegerstaaten die elementarsten Vorichtsmaßnahmen vernachlässigt. Sie hätten nicht 48 Staaten nach Genf rufen dürfen, ehe die Sicherheit für eine Einigung bestand. Europa sollte sich erneut in feindliche Lager zu sammeln. Frankreich allein könne die Räder Europas zu einem latenten Kriegszustand verhindern.

„Petit Journal“ ist der Ansicht, daß der deutsche Vorschlag, wonach die übrigen Kandidaturen erst im September geprüft werden sollen, von Frankreich unter der Bedingung angenommen werden könne, daß Spanien, Brasilien und Polen sich ihm anschließen, und daß Deutschland sich schriftlich verpflichte, den drei Kandidaturen später keine Opposition zu begehen. Jeder spreche wieder die Haltung der deutschen Delegation, noch die der deutschen Delegation dafür, daß eine solche Kompromißlösung möglich sei. — Im „Echo de Paris“ vertritt Fertinax die Ansicht, es gebe nicht nur ein deutsches Non Possumus, sondern auch ein schwedisches, spanisches, belgisches und polnisches Non Possumus. Die Schweden seien deutscher als die Deutschen. Belgien habe sich im Armeigen gegen die spanische Kandidatur ausgesprochen, weil es fürchte, daß es dadurch aus dem Völkerbundsrat verdrängt werde.

Die Besorgnisse der englischen Presse.

Deutschland bleibt fest.

London, 9. März. Mit Ausnahme von „Daily News“, deren Genfer Korrespondent sich nach wie vor optimistisch äußert, spiegeln die Genfer Meldungen der Blätter den Ernst der dortigen Lage wieder. Uebereinstimmend melden die Blätter, daß die Vertreter der Dominions bei der Konferenz mit Chamberlain sich ausdrücklich gegen die jegliche Zulassung weiterer Staaten außer Deutschland zum Völkerbundrat ausgesprochen haben.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet, bei den Vorbereitungen sei ein sehr harter Druck auf Deutschland ausgeübt worden. Von den Unterzeichnern des Rheinlandpakt habe sich nur Belgien nicht daran beteiligt. Auf indirekte Weise sei Deutschland ansetzend zu verlocken gewesen worden, daß ein bestimmter Staat seine Zustimmung zu Deutschlands Eintritt verweigern werde, wenn es nicht nachgäbe. Demgegenüber aber sei die deutsche Haltung fest. Deutschland werde und könne auch tatsächlich nicht nachgeben.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Unter den nicht im Völkerbundsrat vertretenen Nationen mache die Bewegung gegen das von den Westmächten gewählte Verfahren, welches mit dem Geist und Buchstaben der Völkerbundcharta nicht in Uebereinstimmung stehe. Die schwebenden Fragen gingen die Völkerbundversammlung und den Rat in seiner Gesamtheit an und dürften nicht von einzelnen Mächten vorher behandelt werden.

Die Krise der französischen Parteien.

Paris, 8. März. Von den beiden Mittelparteien, den linksrepublikanern und der Fraktion der unabhängigen Linken (Le Trocquer), werden seit heute nachmittags Versuche unternommen, eine Verbindung zwischen den Fraktionen herzustellen, die am Sonntag für das Kabinet Briand geknüpft haben. Diese Verbindung soll dauernd sein und es ist deshalb ein Ausschuss eingesetzt worden, der die notwendigen Verhandlungen führen soll.

Die Verhandlungen mit Syrien gescheitert.

Paris, 7. März. Aus Beirut wird gemeldet, daß sich die Verhandlungen zwischen den Drusen und dem französischen Oberkommissar de Nouvel erschlagen haben. Die Drusen hatten folgende Forderungen aufgestellt: 1. Vollständige Unabhängigkeit Syriens. 2. Wiederherstellung der alten Grenze des Libanons. 3. Abzug der französischen Truppen aus dem syrischen Gebiet. Der Oberkommissar hat diese Bedingungen abgelehnt.

Paris, 9. März. Nach einer in den Morgenblättern veröffentlichten Meldung aus Beirut haben die Angreifer in der Gegend von Damaskus 158 Tote und 108 Verwundete gehabt. Sultan Atrash, der Führer der Angreifer, sei durch eine Fliegerbombe verwundet worden. (W. T. B.)

Sorgen, Wünsche und Hoffnungen der sächsischen Industrie.

Wie wir bereits wiederholt mitgeteilt haben, hält der Verband Sächsischer Industrieller morgen vormittag im Vereinshaus zu Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Tagungen dieses Verbandes, der Anfang nächsten Jahres auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann, haben sich stets dadurch ausgezeichnet, daß sie nicht nur rein äußerlich genommen eine maßvolle Kundgebung der sächsischen Industrie und in vielen Fällen auch ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges darstellten — wir erinnern nur an die feinerzeitige Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes im Central-Theater —, sondern daß sie vor allen Dingen auch in sachlicher Hinsicht wertvolle Ergebnisse brachten. Nach der ersten Richtung hin wird die diesjährige Tagung des Verbandes nicht besonders wirkungsvoll in die Erscheinung treten können, denn es ist — am allerwenigsten für die Industrie — jetzt kaum die rechte Zeit, glanzvolle Feste zu feiern oder sich an künstlerischen Darbietungen aller Art zu erfreuen, und der Verband hat aus diesem Grunde, u. E. mit Recht, von allen Veranstaltungen gesehener Art mit Rücksicht auf den Ernst der gegenwärtigen Zeit Abstand genommen. Um so höher ist aber der Wert der sachlichen Beratung der sächsischen Industriellen auf ihrer diesjährigen Tagung anzuschlagen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die ja in ihrem allgemeinen Teil in voller Offenlichkeit und in Gegenwart von Vertretern der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, sowie zahlreicher Wirtschaftsverbände, Handelskammern, Parlamentarier usw. stattfinden, wird für alle diese Kreise nicht nur ein Barometer zur Beurteilung der Krisenhaften Fiebererscheinungen, die die Wirtschaft jetzt durchdringt, darstellen, sondern es wird auch Wege weisen, wie der schwere Krankheitszustand, unter dem die deutsche Wirtschaft und damit besonders auch die sächsische Wirtschaft jetzt darniederliegt, durch den operativen Eingriff geschickter Ärzte wieder wenigstens zu einem Teil gebessert werden kann. Nach dieser Richtung hin werden die programmatischen Erklärungen, die der Vorsitzende des Verbandes, Herr Otto Moras, teils in so wohlüberdachter und wirkungsvoller Weise vorzutragen versteht, für die Öffentlichkeit wertvolle Anhaltspunkte geben. Ebenso ist zu erwarten, daß das Referat des Reichstagsabg. Herrn Dr. Rademacher für die Beurteilung der Wirtschaftslage in Sachsen und für die Möglichkeiten einer Besserung dieser Lage von ganz besonderer Bedeutung sein wird.

Das Referat des zweiten Redners, Herrn Regierungsrat a. D. Dr. Flügler, Syndikus des Bundes der Deutschen Zigaretten-Industrie, hat offensichtlich die Aufgabe, das, was Herr Dr. Rademacher hinsichtlich der allgemeinen Lage und der Belastung der gesamten Industrie ausführen wird, in seiner Einzelwirkung auf einen ganz speziellen, durch die lebigen Verhältnisse fast zum Erliegen kommenden Industriezweig zu spezifizieren und an Hand der Verhältnisse, in der gerade für den Dresdner Bezirk so außerordentlich wichtigen, früher so blühenden Zigaretten-Industrie an einem besonders eindrucksvollen Beispiel zu zeigen, wie der Ruin der deutschen Wirtschaft nicht aufzuhalten ist, wenn nicht grundlegenden Maßnahmen von den zuständigen Stellen baldigst in die Wege geleitet werden.

Wir möchten uns deshalb darauf beschränken, unsererseits heute nur darauf hinzuweisen, daß bekanntermaßen eine der wichtigsten Ursachen für die Krise der letzten Monate in der Ausladung der Industrie durch eine bisher nie gekannte und für normale Produktionsverhältnisse völlig unerträgliche steuerliche Belastung und in der Steigerung der Belastung mit sozialen Ausgaben liegt. Welchen Umfang diese Steigerung angenommen hat, geht, um nur ein Beispiel anzuführen, daraus hervor, daß bei einer bekannten großen sächsischen Firma die Steuern 1913 0,45 Prozent vom Nettoumsatz, im Jahre 1924 dagegen 4,36 Prozent betragen, daß dieselben Steuern in Vergleich gestellt zum Aktienkapital im Jahre 1913 1,60 Prozent vom Aktienkapital, im Jahre 1924 dagegen 10 Prozent betragen, und daß sie in Vergleich gestellt zur Lohn- und Gehaltssumme im Jahre 1913 6,3 Prozent, und im Jahre 1924 34 Prozent betragen. Auch wenn man die Effektivzahlen in Vergleich mit der Vorkriegsbelastung stellt, so ergibt sich, daß im Jahre 1913 bei wenig unterschiedlichem Umsatz 47 200 Mark, im Jahre 1924 dagegen 431 000 Mark an Steuern gezahlt wurden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den sozialen Lasten, die bei dieser Firma, im Verhältnis zum Umsatz berechnet, gegenüber der Vorkriegszeit um etwa 100 Prozent zugenommen sind, während sie in den meisten Fällen noch höher, mindestens auf das Dreifache der Vorkriegszeit, bemerkt werden müssen. Dies hat dazu geführt, daß z. B. heute große Exportfirmen auf Anfragen über die Zollhöhe gewisser Waren die Antwort geben, daß es für sie zuzelt ganz zwecklos ist, überhaupt über die Höhe der Zölle zu verhandeln oder Erörterungen anzustellen, da die Belastung der deutschen Produktion mit Steuern und sozialen Abgaben einen Export in ihren Artikeln von vornherein unmöglich macht, unbeschadet der Höhe der Zölle.

Deshalb wird auch das Bild, welches der letzte industrielle Redner der morgigen Tagung, Herr Kommerzienrat Friedrich Uebel, in Firma Gebr. Uebel,